

Eine neue Risikoproblematik¹

Robert Castel

Seit den achtziger Jahren scheinen wir uns in einer neuen Unsicherheitsproblematik einzurichten, die sich vor allem durch ihre außergewöhnliche Komplexität auszeichnet und aus dem Zusammenspiel von zwei Wandlungsprozessen resultiert.

Zum einen wird es immer schwieriger, sich gegen die – wie man wohl sagen könnte – »klassischen« gesellschaftlichen Hauptrisiken (Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit aufgrund von Alter oder Behinderung) zu schützen, von denen man glaubte, man habe sie alles in allem im Griff. Folgt man der Richtung dieser ersten Analyse, wie wir es tun, so stellt man fest, dass die Sozialversicherungssysteme, die sich in der Erwerbsarbeitsgesellschaft auf der Basis stabiler Beschäftigungsverhältnisse entwickelt hatten, unter Druck geraten sind und zunehmend brüchig werden. Der national-soziale Staat wird immer schwächer, wodurch manche Individuen und gesellschaftliche Gruppierungen, die die sozioökonomischen Veränderungen seit Mitte der siebziger Jahre machtlos über sich ergehen lassen mussten, zunehmend verwundbar werden. Daraus resultiert wiederum eine wachsende Zukunftsunsicherheit und Orientierungslosigkeit, aus der sich auch die bürgerliche Unsicherheit speist, vor allem in Gebieten wie den Vorstädten, wo die Hauptfaktoren sozialer Entkopplungsprozesse in konzentrierter Form auftreten.

Risiken, Gefahren, Schädigungen

Doch zu einem Zeitpunkt, da die klassischen Sicherungssysteme in ihrer Wirkung geschwächt sind, entsteht eine *neue Generation von Risiken* oder zumindest von Bedrohungen, die als solche empfunden werden: industrielle, technologische, gesundheitliche, natürliche und umweltpolitische Risiken. Dabei handelt es sich um eine Risikoproblematik, die keinen direkten Zusammenhang mit der ersten aufzuweisen scheint. Sie ist im wesentlichen entstanden, weil sich die unkontrollierten Folgen der Entwicklung von Wissenschaft und Technik gegen Natur und Umwelt richteten, die sie doch eigentlich dem Menschen nutzbar machen wollten. Die Zunahme von Risikologen ist offensichtlich eng an das Entstehen der Moderne gekoppelt. Ulrich Becks »Risikogesellschaft« bezeichnet denn auch das wesentliche Merkmal der modernen Gesellschaft: Die Zukunft der Zivilisation ist nicht länger von sozialem Fortschritt, sondern von einem allgemeinen Prinzip der Ungewissheit geprägt. Damit wird die Unsicherheit zum unüberwindbaren Fluchtpunkt der Lebensbedingungen des modernen Menschen. Die Welt ist nichts weiter als ein riesiges Risikofeld, »die Erde [ist] zu einem Schleudersitz geworden« (Beck 1986, 50).

Wer heute über die Unsicherheitsproblematik nachdenkt, muss auch diesem Parameter Rechnung tragen. Wenn Sicherheit bedeutet, die wesentlichen Lebensrisiken

zu meistern, scheint sie gegenwärtig in zweifacher Hinsicht in Bedrängnis zu geraten: weil die »klassischen« Sicherungssysteme geschwächt sind, aber auch, weil ein verbreitetes Gefühl der Ohnmacht angesichts neuer Bedrohungen entsteht, die ganz offensichtlich Teil des Entwicklungsprozesses der Moderne sind. Man könnte die Hypothese formulieren, dass sich die gegenwärtige *Sicherheitsfrustration* aus diesen beiden Quellen speist. Daher sollte sowohl ihr Zusammenhang unterstrichen als auch die daraus resultierende begriffliche Vermischung aufgezeigt werden. Die inflationär um sich greifende Risikosensibilität macht aus dem Bedürfnis nach Sicherheit eine endlose Suche, die stets in eine Enttäuschung mündet.

Bei allem, was heute unter dem Risikobegriff subsumiert wird, sollte man jedoch jene Unwägbarkeiten des Lebens, die vergesellschaftet werden können und damit beherrschbar sind, von Bedrohungen unterscheiden, die, ohne dass man sich gegen sie schützen könnte, als solche anzuerkennen und mithin als Grenzlinie zu akzeptieren sind. Auch wenn diese Grenzlinie vielleicht provisorisch sein mag, ist sie von dem Schutzprogramm, das eine Gesellschaft übernehmen muss, gegenwärtig nicht zu überschreiten.

Die Behauptung, wir lebten in einer »Risikogesellschaft«, beruht in der Tat auf einer fragwürdigen begrifflichen Extrapolation. Im eigentlichen Wortsinn ist ein Risiko ein vorhersehbares Ereignis, das sich auf seine Wahrscheinlichkeit und die voraussichtliche Schadenshöhe hin berechnen lässt. Insofern ist Entschädigung möglich, weil das Risiko vergemeinschaftet werden kann (Péretti-Watel 2001). Die Versicherung war das große Prinzip, mit dem sich Risiken technisch meistern ließen, weil die Folgen unter einer Gruppe von Individuen verteilt wurden, die sich angesichts verschiedener vorhersehbarer Bedrohungen zueinander solidarisch verhielten. Die allgemeine Pflichtversicherung (die eine staatliche Garantie voraussetzt) war der Königsweg, der zur Bildung der »Vorsorgegesellschaft« führte: einer Gesellschaft, in der alle Individuen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu Gruppen, deren Mitglieder Beiträge entrichten und so die Risikokosten teilen, Versicherungsleistungen genießen (und damit abgesichert sind). Es ist ein solidarisches oder auf Gegenseitigkeit beruhendes Modell, das die Grundlage für den Schutz gegen soziale Risiken darstellt.

In einer »Risikogesellschaft« ist ein vergleichbarer Schutz nicht möglich. Diese neuen Risiken lassen sich zumeist nicht vorhersehen oder nach einer Wahrscheinlichkeitslogik berechnen. Außer dem haben sie unumkehrbare Folgen, die sich ebenfalls nur schwer abschätzen lassen. Eine Katastrophe wie die von Tschernobyl oder der »Rinderwahnsinn« lassen sich nicht vergemeinschaften. Sie sind im Rahmen von Versicherungssystemen nicht beherrschbar. Insofern handelt es sich nicht eigentlich um Risiken, sondern vielmehr um verhängnisvolle Eventualitäten, Bedrohungen oder Gefahren, die eintreten können, ohne dass wir über geeignete Technologien verfügten, um sie in den Griff zu bekommen, oder hinreichende Kenntnisse besäßen, um ihnen vorzubeugen. Aufgrund der Unvorhersehbarkeit der meisten dieser »neuen Risiken«, ihrer Tragweite und der Unumkehrbarkeit ihrer Konsequenzen besteht die beste Vorbeugung darin, vom Schlimmsten auszugehen und trotz einer äußerst geringen Wahrscheinlichkeit Vorkehrungen zu treffen, damit es eben nicht eintritt. Das geschieht beispielsweise, wenn – ungeachtet aller wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen, die zu dem tatsächlichen Risiko in keinerlei Verhältnis stehen – eine Viehherde vernichtet werden muss, weil sich nicht mit Sicherheit sagen lässt, ob sie von einer Krankheit befallen ist oder nicht. Man könnte endlos darüber debattieren:

Um ein Ereignis zu verhindern, das möglicherweise eintreten könnte, jedoch so unwahrscheinlich ist, dass es sich nicht einmal berechnen lässt, nimmt man ausgesprochen reale Schädigungen in Kauf.²

Der gegenwärtig inflationär gebrauchte Risikobegriff verwischt also die Unterscheidung zwischen *Risiko* und *Gefahr*. Wenn man mit Anthony Giddens (2004) von einer »Risikokultur« spricht, so besagt dies, dass wir immer anfälliger für die Bedrohungen der modernen Welt geworden sind, die vom Menschen selbst produziert werden, weil er die Kontrolle über die Nutzung von Wissenschaft und Technik verloren hat und die Wirtschaftsentwicklung in einer Art und Weise instrumentalisiert, dass die gesamte Welt zur Ware wird. Dennoch: Keine Gesellschaft kann für sich in Anspruch nehmen, alle Gefahren, die die Zukunft zwangsläufig mit sich bringt, auszumerzen. Es ist vielmehr festzustellen, dass der Zeiger der Risikosensibilität an anderer Stelle ausschlägt und neue Gefahren zutage treten lässt, wenn die wichtigsten Risiken gebändigt zu sein scheinen. Heute jedoch schlägt der Zeiger so stark aus, dass ein völlig unrealistisches Sicherheitsbedürfnis entsteht. Die »Risikokultur« *produziert Gefahren*. Ein etwas triviales Beispiel: Lange Zeit waren Hungersnöte für die Menschheit das einzige Ernährungsrisiko und sind es noch heute in vielen Regionen. In den reichen Ländern ist demgegenüber das Essen selbst zu einer Gefahr geworden: Sieht man einmal vom BSE-Erreger ab, so wird die Liste krebserregender Produkte Monat für Monat immer länger. Wollte man das Ernährungsrisiko auf Null reduzieren, müsste man die Nahrungsaufnahme einstellen (»Vorsorgeprinzip«). Da dies völlig undenkbar ist, bleiben nur Misstrauen und Angst: Die Unsicherheit liegt auch auf dem Teller.

Um heute die Frage nach den Sicherungssystemen neu zu stellen, muss man zuallererst Abstand von diesem inflationären Gebrauch des Risikobegriffs nehmen, da er lediglich zu einem überzogenen Sicherheitsbedürfnis führt und im Grunde die Möglichkeit verhindert, sich zu schützen. Daher sei daran erinnert, dass kein Schutzprogramm ernsthaft das Ziel verfolgen könnte, die Zukunft in einer Art und Weise abzusichern, dass sie keinerlei Ungewissheiten und Gefährdungen mehr bereithalten würde. Die »Risikokultur« extrapoliert den Begriff des Risikos, macht ihn aber auch bedeutungs- und damit nutzlos. Wenn man in sinnvoller Form über das Risiko nachdenken möchte, geschieht dies nicht, indem man die Zukunft mit Ungewissheit und Angst auflädt. Man sollte vielmehr versuchen, über das Risiko *die Ungewissheit zu reduzieren*, um die Zukunft zu meistern und geeignete Mittel zu entwickeln, sie sicherer zu gestalten. Auf diese Weise war es in der Vergangenheit gelungen, die klassischen sozialen Risiken gemeinschaftlich in den Griff zu bekommen. Was nun aber die »neuen Risiken« betrifft, die seitdem entstanden sind, so muss man sich gleichermaßen fragen, ob ihre weite Verbreitung nicht auch eine soziale und politische Dimension enthält, obwohl sie zumeist als Zeichen eines unvermeidlichen Schicksals dargestellt werden, als ein »grundlegender Aspekt der Moderne in einer Individualgesellschaft«, wie es bei Anthony Giddens (1991, 224) heißt. Handelt es sich also um einen festen Bestandteil einer Gesellschaft von Individuen oder um eine Konsequenz aus wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen, für die die Verantwortlichkeiten benannt werden müssen? Viele dieser »Risiken« (Umweltverschmutzung, Treibhauseffekt und so fort) sind nämlich gewissermaßen ein Bumerangeffekt eines zügellosen Produktivismus und einer ungebremsten Ausbeutung der Ressourcen des Planeten, der sich auf das natürliche Gleichgewicht niederschlägt. Außerdem

ist die Behauptung Ulrich Becks unzutreffend, diese »Risiken« verliefen nunmehr quer zu den Klassenschranken und seien gewissermaßen demokratisch verteilt. Jene Industriezweige etwa, die die Umwelt besonders belasten, haben sich bevorzugt in den Entwicklungsländern niedergelassen und treffen damit Bevölkerungen, denen es an den notwendigen Mitteln fehlt, um hygienische Bedingungen und Sicherheit zu garantieren, Schadensvorbeugung und -nachsorge zu leisten. Es herrscht ein schreiendes Unrecht bei der Verteilung dieser »Risiken«, vor allem wenn man das Problem im Weltmaßstab betrachtet, was notwendig ist angesichts des Verhältnisses zwischen der Verteilung derartiger Belastungen und der Art und Weise, wie die Globalisierung vorangetrieben wird.

Man sollte hier nicht von Risiken sprechen, ja nicht einmal von »neuen« Risiken, sondern von *Schädigungen* oder *Belastungen*. Das bedeutet nicht, dass man sie nicht in den Griff bekommen könnte, sondern dass sich die dazu erforderlichen Vorkehrungen von den Maßnahmen unterscheiden, die zur Beherrschung der klassischen sozialen Risiken bevorzugt genutzt wurden. Wenn sich ein Industriebetrieb mit besonders umweltschädlichen Produktionsmethoden in einer benachteiligten Region der Dritten Welt niederlässt, um dort die billigen Arbeitskräfte auszunutzen, kann natürlich die geeignete Antwort nicht darin bestehen, die »Risiken zu vergemeinschaften« und die einheimischen Bevölkerungen dazu zu zwingen, sich gegen diese Schädigungen zu versichern. Vielmehr sollten diese neuen weltweiten Ausbeutungsformen untersagt, zumindest jedoch den multinationalen Konzernen, die davon profitieren, strenge Auflagen erteilt werden, die mit einer nachhaltigen Entwicklung kompatibel sind. Das bedeutet, dass transnationale politische Instanzen eingerichtet werden müssten, die genug Macht besitzen, um einem ungebremsen Profitdenken Grenzen zu setzen und einen globalisierten Markt zu bändigen.

Privatisierung oder Kollektivierung der Risiken

Derzeit existieren derartige Instanzen bestenfalls in Ansätzen, so dass wir solchen Schädigungen zumeist schutzlos ausgeliefert sind. Zumindest kann man aber verlangen, dass durch diese quasimetaphysische Risikoüberhöhung nicht der Blick auf die Eigentümlichkeit der Probleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, und auf die Suche nach den Verantwortlichen für diese immer wieder als unausweichlich präsentierten Schädigungen verstellt werden möge. Eine verallgemeinerte und undifferenzierte Risikoideologie (»Risikogesellschaft«, »Risikokultur« und so weiter) muss heute als bevorzugter theoretischer Bezugsrahmen erhalten, um die Unzulänglichkeit, ja Obsoleszenz der klassischen Sicherungsstrukturen und die Unfähigkeit des Staates zu kritisieren, mit der neuen Wirtschaftssituation zurechtzukommen. Wer so argumentiert, muss im Ausbau privater Versicherungssysteme zwangsläufig die einzig realistische Alternative sehen. So erklärt sich auch, warum manche Befürworter eines Versicherungssystems, die der neoliberalen Bewegung zuzuordnen sind, Analysen wie die Ulrich Becks oder Anthony Giddens' begeistert aufgenommen haben und darin sogar noch weitergegangen sind. Francois Ewald und Denis Kessler stellen erstaunlicherweise die Situation auf den Kopf, wenn sie das Risiko zum »Maß aller Dinge« und zum Prinzip erklären, »durch das der Wert jedes einzelnen« anerkannt werde. Sie verleihen ihm damit eine nachgerade anthropologische Dimension, ganz als sei das Risiko, das doch die Wahrscheinlichkeit eines dem Menschen äußeren

Ereignisses bezeichnet, Teil des Individuums selbst (Ewald/Kessler 2000). Der französische Arbeitgeberpräsident Ernest-Antoine Seillières treibt diese Naturalisierung des Risikos in fast schon karikaturistischer Art und Weise auf die Spitze, wenn er die Menschheit in »risikobereite« und »risikoscheue« Menschen unterteilt (Seillières 2000). Tatsächlich geht der nachdrückliche Verweis auf die Zunahme der Risiken Hand in Hand mit einer Überhöhung des aus seinen kollektiven Fesseln befreiten oder – wie es bei Giddens heißt – »entbetteten« (disembedded) Individuums. Von diesem Standpunkt aus ist das Individuum ein Risikoträger, der ganz auf sich allein gestellt die ihn umgebenden Klippen umschiffen muss und selbst für sein Risikomanagement verantwortlich ist. In einer solchen Konfiguration ist für den Sozialstaat und die gesetzlich garantierte Pflichtversicherung natürlich kein Platz. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Risikoexplosion, der Hyperindividualisierung im Alltagsleben und der Privatisierung der Versicherungsleistungen. Wenn die Risiken sich ins Unendliche vermehren und die Menschen dieser Entwicklung allein gegenüberstehen, dann muss das private, privatisierte Individuum, wenn es dazu in der Lage ist, sich selbst versichern. Dann ist jedoch die Risikobeherrschung kein kollektives Unterfangen mehr, sondern eine individuelle Strategie, während die Zukunft privater Versicherungen aufgrund der Zunahme der Risiken gesichert ist. Deren Vermehrung eröffnet den Versicherungsanstalten einen nahezu grenzenlosen Markt.

Die zweite Möglichkeit, sich dieser Situation zu stellen, besteht darin, die soziale Dimension der neuen Unsicherheitsfaktoren aufzudecken und der Frage nachzugehen, wie sie sich vergemeinschaften lassen. Allerdings sollte man nicht verkennen, welch immense Schwierigkeiten heute mit dieser Aufgabe verbunden sind. Das gilt ganz offensichtlich für das, was ich hier lieber als noch nicht dagewesene Schädigungen durch die zur Zeit herrschende Art der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung bezeichnen möchte, anstatt von Risiken im eigentlichen Sinne zu sprechen. Obwohl das Bewusstsein für die Schattenseiten einer ungesteuerten Globalisierung wächst (siehe etwa die verschiedenen Strömungen all jener, die für eine »andere Globalisierung« eintreten), wurden noch längst nicht die internationalen Gremien gefunden, die sich wesentlich vom IWF, der Weltbank oder der Welthandelsorganisation unterscheiden würden. Solche neuartigen Instanzen müssten eine Ordnungspolitik der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in die Wege leiten, die weltweit noch durchzusetzenden ökologischen und sozialen Ansprüchen genügt. Diese Probleme sind derart komplex, dass es vermessen wäre, sie hier behandeln zu wollen, selbst wenn sie Teil einer erneuerten Sicherheitsproblematik sind, die heute dringend anzugehen wäre. Aber auch die klassischen sozialen Risiken, die im Rahmen der Erwerbsarbeitsgesellschaft durch gemeinschaftliche Sicherungssysteme aufgefangen werden konnten, sind in ihren Grundfesten erschüttert. Dabei scheint es sich jedoch um eine größtenteils unumkehrbare Entwicklung zu handeln. Sie lässt sich nicht einfach rückgängig machen, indem man die vorherigen kollektiven Regelungen wiederherstellt, da diese doch den ihrerseits kollektiven Formen der industriekapitalistischen Produktion und ihrer nationalstaatlichen Organisation entsprachen. Auch das ist ein Aspekt des aktuellen Wandels des Kapitalismus, der mit der Globalisierung der Handelsbeziehungen und einer verschärften Konkurrenz einhergeht, die zu einer derartigen Entkollektivierung und einer allgemeinen Flexibilisierung der Arbeitskraft, aber eben auch weiter Teile des sozialen Lebens zwingt. Man sollte diese Wandlungsprozesse nicht einfach unterschätzen und sich vielmehr die – zuge-

geben schwierige – Frage stellen, welche Sicherungsleistungen mit den gegenwärtig zu beobachtenden Umwälzungen der Produktivkräfte und der Produktionsweisen kompatibel wären.

Aus einem weiteren zentralen Grund wäre es verfehlt, die gegenwärtige Krise der Sozialversicherungssysteme für eine zufällige und vorübergehende Peripetie zu halten. Der Aufbau dieser Systeme hat nämlich auch zu einer grundlegenden und ebenfalls unwiderruflichen Transformation des Status des Individuums geführt. Laut Marcel Gauchet und anderen besteht das Paradox darin, dass der wachsende Einfluss des Sozialstaates als ein mächtiger Individualisierungsfaktor gewirkt hat, indem er dem Individuum beträchtliche kollektive Sicherungsleistungen zur Verfügung stellte (Gauchet 1991).³ Die »Hilfsgarantie« des Staates löst das Individuum aus seiner Abhängigkeit von all jenen vermittelnden Gemeinschaften, die ihm – wie ich es nenne – familiäre und nachbarschaftliche Netzwerke boten. Zumindest tendenziell »befreit« sich das Individuum damit von ihnen, während der Staat zu seiner zentralen Anlaufstelle wird, das heißt zu seinem Hauptlieferanten von Sicherungsleistungen. Wenn diese Sozialversicherungssysteme Risse bekommen, wird der einzelne einerseits verwundbar, stellt aber andererseits hohe Ansprüche, da er ein gewisses Sicherheitsniveau gewohnt war und ihn die Angst quält, Abstriche machen zu müssen. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass das Sicherheitsbedürfnis zur gesellschaftlichen »Natur« des modernen Menschen gehört, ganz so als sei die Sicherheit zu einer zweiten Natur, ja zum natürlichen Zustand des Gesellschaftsmenschen geworden. Das ist das genaue Gegenteil jener Position, für die Hobbes zu Anfang der Moderne stand. Diese Umkehrung ist jedoch erst möglich geworden, weil staatliche Sicherungssysteme sich nach und nach durchgesetzt haben und schließlich vom Individuum völlig verinnerlicht wurden, kurzum: weil der Staat in Gestalt eines national-sozialen Staates alles in allem seine Mission erfüllt hat. Es ist heute völlig natürlich, abgesichert zu sein. Das bedeutet aber auch, dass es völlig natürlich ist, vom Staat Schutzleistungen einzufordern. Und genau in diesem Moment werden die Sozialversicherungssysteme – wie es scheint – unwiderruflich geschwächt.

Daher wäre es zweifellos naiv, den früheren Status quo der Sozialversicherungssysteme aufrechterhalten oder wiederherstellen zu wollen. So lautet auch der Vorwurf, den die Modernisten den »Nostalgikern der Vergangenheit« guten Gewissens immer wieder zu machen. Es wäre jedoch genauso naiv zu behaupten, die Abschaffung dieser Sozialleistungen würde das Individuum, das angeblich nur auf die Gelegenheit warte, um endlich all seine Möglichkeiten auszuspüren, »befreien«. Das ist die Naivität der herrschenden neoliberalen Ideologie. Sie übersieht nämlich den ganz wesentlichen Umstand, dass das moderne Individuum durch die staatlichen Regulierungen nachhaltig geprägt wurde. Es hat für sich allein nur Bestand, weil es gewissermaßen am Tropf der kollektiven und sozialstaatlich organisierten Sicherungssysteme hängt und völlig von ihnen durchdrungen ist. Wenn man nicht gerade eine Rückkehr zum Naturzustand, also zu einem Zustand absoluter Unsicherheit anstrebt, kann die Infragestellung der Sozialversicherungssysteme nicht zu ihrer Abschaffung führen. Es sollte vielmehr darum gehen, wie sie sich in der gegenwärtigen Situation neu ausrichten lassen.

Literatur

- Beck, Ulrich (1986) Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main.
- Durkheim, Emil (1899) Rezension von »Merlino, Saverio, Formes et essence du socialisme, avec une préface de G. Sorel«, in: Revue philosophique Nr. 48, 433-9.
- Ewald, Francois/ Denis Kessler (2000) Les noces du risque et de la politique, in: Le Débat Nr. 109, März-April.
- Giddens, Anthony (1991) Modernity and Self-Identity, Stanford.
- Giddens, Anthony (2004) : Konsequenzen der Moderne, Frankfurt am Main.
- Guachet, Marcel (1991) La société d'insécurité, in: Jacques Donzelot (Hg.) Face à l'exclusion: le modèle français, Paris.
- Péretti-Watel, Patrick (2001) La Société du risque, Paris.
- Seillières, Ernest-Antoine (2000) Interview, in: Risques Nr. 43, September.

Anmerkungen

- 1 Aus: Robert Castel: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Aus dem Französischen von Michael Tillmann. Redaktion: Kerstin Eitner © der deutschen Ausgabe 2005 by Hamburger Edition. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags.
- 2 Das Vorsorgeprinzip denkt diese Logik nur konsequent zu Ende. Paradoxerweise ist die Ungewißheit für eine Entscheidung ausschlaggebend: Heute werden Entscheidungen auf der Grundlage eines möglichen Risikos getroffen, das im Augenblick der Entscheidung nicht gegeben ist, sich jedoch in der Zukunft als real erweisen könnte.
- 3 Schon Durkheim, dem man zu Unrecht vorhält, das Individuum unter kollektiven Zwängen erstickt zu haben, hatte erkannt: »In Wahrheit hat der Staat das Individuum befreit [...]. Individualismus und Etatismus gingen Hand in Hand« (Durkheim 1899).